

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abgabepreis für den Abnehmer: 20 Pfennige, einschließlich Post und Verpackung. — Einzelheft 20 Pfennige, einschließlich Post und Verpackung. — Abgabepreis für den Abnehmer: 20 Pfennige, einschließlich Post und Verpackung. — Einzelheft 20 Pfennige, einschließlich Post und Verpackung.

Bestellungen nehmen die Buchhandlungen und die Druckereien des Erzgebirges entgegen. — Einzelheft 20 Pfennige, einschließlich Post und Verpackung. — Abgabepreis für den Abnehmer: 20 Pfennige, einschließlich Post und Verpackung.

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 279 Dienstag, den 29. November 1932 27. Jahrgang

# Wer bildet das neue Kabinett?

### Inoffizielle Sonntagsbesprechungen — Die Bemühungen des Generals von Schleicher — Die Haltung der Parteien Wahrscheinliche Ausfichten eines Präsidialkabinetts von Schleicher

#### Entscheidung Mitte der Woche

Berlin, 27. Nov. Am heutigen Sonntag haben eine Reihe von Besprechungen stattgefunden, die der Entwirrung der innerpolitischen Lage dienen sollen. Allerdings ist entgegen der Ankündigung eines Berliner Sonntagsblattes beim Reichspräsidenten kein Parteiführerempfang oder dergleichen gewesen, sondern es handelte sich heute im wesentlichen nur um die inoffizielle Fühlung, die General von Schleicher nach der gestrigen Konferenz beim Reichspräsidenten mit einer Reihe von Persönlichkeiten des parlamentarischen Lebens auszuheben beabsichtigt.

Im Zuge dieser Fühlungnahme hat der Reichswehrminister am Sonnabend noch mit dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei gesprochen. Es scheint, daß er dann am Sonntagabend mit dem Prälaten Raas zusammen war. Darüber läßt sich aber nichts Sicheres in Erfahrung bringen, da über die ganzen Besprechungen der Schleicher tiefer Vertraulichkeit geherrscht hat. Das gilt auch für gewisse Fäden, die General von Schleicher zu den Sozialdemokraten zu spinnen versuchte. Er hat sich wohl mit Dr. Breitscheid in Verbindung gesetzt, eine Besprechung ist aber am Sonntag nicht zustande gekommen; und ob sie am Montag stattfindet, hängt äußerlich wohl noch von einer Besprechung Breitscheids mit seinen engeren Parteifreunden ab. Innerlich ist diese Frage aber sicher schon erledigt. Die Sozialdemokraten denken nicht daran, irgendein Reichskabinett oder eine bürgerliche Regierung zu tolerieren. Der „Vorwärts“ hat seine Polemik am Sonntag zwar in erster Linie gegen die Wiederkehr eines Kabinetts von Papen abgestimmt. Auf dem gestrigen Berliner Bezirksparteitag der SPD. sind jedoch sehr scharfe Töne angeschlagen worden. So hält man es denn in politischen Kreisen schon für sicher, daß auch ein Kabinett, in dessen Spitze nicht Herr v. Papen stehen würde, keine Gnade vor den Augen der Sozialdemokratie findet.

Die soziale Basis der Besprechungen des Reichswehrministers dürfte etwa folgendermaßen aussehen: General von Schleicher sucht zunächst die Aufnahme zu ergründen, die ein völlig ungebildetes Kabinett von Papen finden würde. Darüber hinaus müßte er die Tolerierung durch die Sozialdemokraten erreichen. Der Burgfriede mit dem Reichstag ist nur möglich, wenn entweder die Nationalsozialisten oder die Sozialdemokraten mitmachen. Die Nationalsozialisten kommen schon nicht mehr in Frage, weil ihre Führung ausdrücklich angekündigt hat, sie werde jedes Kabinett auf das schärfste bekämpfen, an dessen Spitze nicht Adolf Hitler steht. Die bisherigen Bemühungen haben aber schon ergeben, daß auch die Sozialdemokraten für ein solches Projekt nicht zu haben sind. Ebenso werden die Ausfichten für die Gewinnung der Mitarbeit des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei in politischen Kreisen äußerst gering eingeschätzt. Darüber wird wohl schon bis Montag endgültig Klarheit geschaffen sein.

Befähigt sie, was allgemein erwartet wird, daß eine solche Lösung auf der Basis des Kabinetts von Papen nicht möglich ist, so bleibt nach Auffassung politischer Kreise nur ein Kabinett von Schleicher als letzter Ausweg. General von Schleicher möchte die Lösung aus sehr achtbaren sozialen Gründen vermeiden. Daraus sind seine ersten Bemühungen um das Zustandekommen eines neuen Kabinetts von Papen mit zu erklären. Herr von Papen selbst würde einen neuen Auftrag ohne die parlamentarische Unterstützung, die General von Schleicher für ihn zu erreichen sucht, nicht annehmen. Da die Chancen einer solchen parlamentarischen Untermauerung aber äußerst gering eingeschätzt sind, ist nach Auffassung weiter politischer Kreise also schließlich doch ein Kabinett unter Führung des jetzigen Reichswehrministers die wahrscheinlichste Lösung.

In einer solchen Regierung wäre die praktische Mitarbeit des Zentrums denkbar etwa in der Form, daß die christlichen Gewerkschaften einen ihrer bekanntesten Führer für das Amt des Reichsarbeitsministers zur Verfügung stellen. So erklärt es sich, daß dem Reichswehrminister die Absicht zugesprochen wird, auch mit den Gewerkschaften Fühlung zu nehmen. Das ist heute noch nicht, wird aber wohl Anfang der neuen Woche geschehen. Jedenfalls sind mehrere führende Persönlichkeiten der Wirtschaft, und zwar sowohl auf der Seite der Gewerkschaften wie auf der der Arbeitgeber gebeten worden, sich für die nächsten Tage in Berlin zur Verfügung zu halten.

Aus der ganzen Situation ergibt sich, daß die Aus-

sichten eines parlamentarischen Burgfriedens für die nächsten Monate nach der schon jetzt erkennbaren schroffen Haltung von Sozialdemokraten und Nationalsozialisten äußerst minimal sind. Auch ein Kabinett unter Führung des Generals von Schleicher würde also mit dem Reichstag in Konflikt geraten. Es würde aber mit rund 200 Abgeordneten eine Basis haben, die sehr viel breiter und stärker ist als die der bisherigen Regierung bei den letzten Reichstagsauflösungen. Dementprechend würden auch alle anderen Maßnahmen dieses Kabinetts von einer günstigeren Plattform aus getroffen werden. Jedenfalls gewinnt unter dieser Beleuchtung auch eine Sitzung des Parteivorstandes mit dem Vorstand der preussischen Landtagsfraktion, die am Sonntagvormittag stattfand, besondere Bedeutung. Es

wurde vereinbart, daß in Zukunft zwischen den beiden Parteieninstanzen eine engere Zuchtfühlung gehalten werden soll. Das heißt also, daß die Zentrumsführung auch die preussischen Verhältnisse stärker in den größeren Rahmen der innerpolitischen Entwicklung im Reich einbeziehen will. Sein Verhalten zur Reichspolitik wird das Zentrum übrigens in einer besonderen Vorstandssitzung am Montag beraten. Es bleibt dann nur noch zu registrieren, was an sich schon aus vorstehendem Ueberblick hervorgeht, daß eine Lösung unter der Kanzlerschaft des Oberbürgermeisters Goerdeler im Augenblick nicht mehr als akut angesehen wird. Von Verhandlungen, die Goerdeler geführt haben könnte, ist nichts bekannt geworden.

## Nichtangriffspakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion

Paris, 26. November. Wie Havas bekannt gibt, wird der heute vom Ministerrat gebilligte Text eines Nichtangriffspaktes mit Sowjetrußland, desgleichen der Text eines Ausgleichsvertrages am kommenden Dienstag vom Ministerpräsidenten Herriot und dem Sowjetbotschafter unterzeichnet werden. Aus Erfuchen der französischen Regierung soll beiden Pakten eine besondere Erklärung der Sowjets beigegeben werden, die den Interessen Rumäniens Rechnung trägt, um soweit wie möglich den Verzicht der rumänischen Regierung auf Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes mit Sowjetrußland auszugleichen.

zu respektieren bzw. der Gebiete, deren auswärtige Vertretung sie durchführen, bzw. deren Verwaltung sie kontrollieren. — Artikel 2 verordnet Artikel 1. — Artikel 3 enthält Bestimmungen, durch die Frankreichs Verpflichtungen als Völkerbundmitglied reiflos gewahrt werden. — Artikel 4 stellt die Verpflichtung der kontrahierenden Parteien vor, an keiner internationalen Entente teilzunehmen, die praktisch zur Wirkung haben würde, den Verkauf oder den Verkauf von Waren oder die Bewilligung von Krediten an eine der kontrahierenden Parteien zu verhindern und keine Maßnahmen zu ergreifen, die geeigneter wäre, eine der kontrahierenden Mächte von jeder Beteiligung an ihrem auswärtigen Handel auszuschließen. — Artikel 5 betrifft den politischen Angriff durch das Mittel der Propaganda. Er ist, von geringen Veränderungen abgesehen, gemäß dem entsprechenden Artikel des zwischen Rußland und Polen in Riga abgeschlossenen Vertrages gehalten. — Das Ausgleichsabkommen, das ebenfalls zwischen Frankreich und Rußland abgeschlossen werden wird, ist im großen und ganzen gemäß dem deutsch-russischen Ausgleichsabkommen gehalten.

Paris, 26. November. Der Nichtangriffspakt zwischen Frankreich und Sowjetrußland enthält eine Präambel und sieben Artikel. In der Präambel wird erklärt, daß der französisch-russische Vertrag die Bestimmungen des Völkerbundes wahr und den Briand-Kellogg-Pakt bestätigt. — Artikel 1 des Vertrages legt die Verpflichtung beider Länder fest, auf keinen Fall entweder isoliert oder mit einer dritten Macht oder mehreren Mächten zusammen zum Kriege zu greifen, oder irgend einen Angriff vorzunehmen und die Unverletzbarkeit der unter ihre Souveränität gestellten Gebiete

zu respektieren bzw. der Gebiete, deren auswärtige Vertretung sie durchführen, bzw. deren Verwaltung sie kontrollieren. — Artikel 2 verordnet Artikel 1. — Artikel 3 enthält Bestimmungen, durch die Frankreichs Verpflichtungen als Völkerbundmitglied reiflos gewahrt werden. — Artikel 4 stellt die Verpflichtung der kontrahierenden Parteien vor, an keiner internationalen Entente teilzunehmen, die praktisch zur Wirkung haben würde, den Verkauf oder den Verkauf von Waren oder die Bewilligung von Krediten an eine der kontrahierenden Parteien zu verhindern und keine Maßnahmen zu ergreifen, die geeigneter wäre, eine der kontrahierenden Mächte von jeder Beteiligung an ihrem auswärtigen Handel auszuschließen. — Artikel 5 betrifft den politischen Angriff durch das Mittel der Propaganda. Er ist, von geringen Veränderungen abgesehen, gemäß dem entsprechenden Artikel des zwischen Rußland und Polen in Riga abgeschlossenen Vertrages gehalten. — Das Ausgleichsabkommen, das ebenfalls zwischen Frankreich und Rußland abgeschlossen werden wird, ist im großen und ganzen gemäß dem deutsch-russischen Ausgleichsabkommen gehalten.

## Einigung zwischen Danzig und Polen

Wegfall der Einführung der Zloty-Währung  
Genf, 26. Nov. In den unter dem Vorsitz des Völkerbundskommissars Rosting abgehaltenen Verhandlungen zwischen Polen und Danzig über die Zloty-Frage ist heute nachmittag eine Einigung erfolgt. Polen hat sich in einem Abkommen, das um 4 Uhr von dem Präsidenten der Freien Stadt Danzig, Dr. Biehm, und dem polnischen Außenminister Bed unterzeichnet worden ist, und das vier Punkte umfaßt, verpflichtet, von der angekündigten zwangswelken Einführung des Zloty im Gebiet der Danziger Eisenbahn Abstand zu nehmen. Außerdem bezieht sich die Einigung auch auf drei andere Punkte, die mit den Verhandlungen über die Währungsfrage verknüpft worden waren. — Angesichts dieses Ergebnisses hat das Juristenkomitee, das vom Völkerbundsrat den Auftrag erhalten hatte, im Falle des Scheiterns der direkten Verhandlungen die Rechtslage für eine Entscheidung des Rates zu prüfen, die für heute nachmittag anberaumte Sitzung wieder abgesetzt. Das Ergebnis wurde aber dem Komitee zur Kenntnis gebracht. — Das Verhandlungsergebnis zwischen den Parteien wird am nächsten Montag vom Völkerbundsrat zum endgültigen Beschluß erhoben werden. Es verlaute, daß die Einigung, die ziemlich überraschend erfolgte, stark den Bemühungen des Völkerbundskommissars Rosting zu verdanken sei.

lichen Ueberlastung nicht erschlossen werden konnte. In der Eingabe wird beantragt, sofort einen weiteren Betrag von 200 Mill. RM. für die Gewährung von Reichszuschüssen bei Instandsetzungen unter grundsätzlicher Beibehaltung der bisherigen Bestimmungen bereitzustellen. Falls es jedoch angeht, der schwierigen Finanzlage des Reiches nicht möglich sein sollte, den ganzen Betrag von 200 Mill. RM. in bar zur Verfügung zu stellen, soll die Zuschußgewährung zum Teil auch unter Einbeziehung der Hauszinssteuer in das Steuergutscheinverfahren erfolgen. Grundsätzlich vertritt aber der Hausbesitz nach wie vor die Auffassung, daß die Hauszinssteuer beschleunigt beseitigt werden muß.

## Hausbesitz und Handwerk an die Reichsregierung

Berlin, 26. Nov. Der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzvereine und der Reichsverband des Deutschen Handwerks haben in einer gemeinsamen Eingabe an die Reichsregierung darauf hingewiesen, daß sich die hinsichtlich der Wiederinstandsetzungsaktion des Hausbesitzes gehegten Erwartungen reiflos erfüllt hätten. Die von der Reichsregierung bereitgestellten 50 Millionen RM. Reichszuschüsse seien bereits reiflos aufgebraucht. Dies bedeute, daß innerhalb weniger Wochen für rund eine Viertel Milliarde RM. Aufträge an das Handwerk gegeben werden könnten. Die Erwartung von nur zwei Monaten habe gezeigt, daß beim deutschen Hausbesitz ein nahezu unerwartetes Arbeitsgebiet drückte, das bisher wegen der steuer-

## Das Handwerk fordert Verbot der Schwarzarbeit

Berlin, 26. Nov. In der gemeinsamen Vorstands-sitzung des Reichsverbandes der Deutschen Handwerks- und des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages wurde u. a. einstimmig der Beschluß gefaßt, an den Herrn Reichspräsidenten ein Telegramm zu senden, das die Errichtung eines besonderen Reichsministeriums für den gewerblichen Mittelstand fordert. Schwarzarbeit soll insbesondere wegen der psychologischen Wirkungen ausdrücklich verboten werden. Es soll in diesem Falle nicht nur eine Bestrafung des Arbeitnehmers erfolgen, sondern der Arbeitgeber soll selbstschuldnerisch für die dem Arbeitnehmer treffende Strafe haften.

## Der Freiwillige Arbeitsdienst im Winter

Berlin, 26. Nov. In einem ausführlichen Erlaß an die Bezirkskommissare beschäftigt sich der Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst mit der Durchführung des Arbeitsdienstes im Winter. Zunächst wird festgelegt, daß infolge der gahlenmäßigen Entwicklung des Freiwilligen Arbeitsdienstes die bisher zur Verfügung stehenden Mittel Anfang Dezember verbraucht sein werden. Auf Vorschlag des Reichskommissars ist mit Zustimmung der Reichsregierung aus den Mitteln der Reichsanstalt ein weiterer Betrag zur Verfügung gestellt worden. Es wird möglich sein, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln den Freiwilligen Arbeitsdienst auch in diesen Monaten auf einem Drittel des bisherigen Standes zu halten. In erster Linie sollen hierbei die geschlossenen Arbeitslager ausreicht-

Simulanten  
fähigkeit und  
en Stuh, den  
gen Mädchen  
der Gefährten,  
den Richtern  
drückt haben,  
ngen herdot.  
t. Und doch  
auptung ausf-  
der dabei  
ser Lehre ist  
worden. Aber  
angeblichste  
ig gewonnen,  
ieffschürfender  
sicherer über  
ingerabdruck,  
bez, sondern  
gen Professor  
ichungen der  
ger Akademie  
kop die Ra-  
nd stellte die  
stbilder der.  
untersuchten  
den Lippen  
des ferneren  
machen, daß  
r Unterlippe  
en Menschen  
von ablesen.  
markieren,  
tmann ohne  
n allerdings  
erbarmungs-  
G. Chemnig  
allität, „Dollm-  
saisauschreiben,  
Mart ausgele-  
nd aus den  
n.  
Zinen bekannt  
diele Seite in  
ausschlag. Ein-  
zumal der Be-  
reis zu gewin-  
Preis in Höhe  
y deshalb noch  
schleife, die in  
auf die Schöp-  
Nachahmungen  
winn!  
Kleider.  
verrod und  
darunter  
schen. Der  
ien Mannen  
da: 2,65 m  
e R 28780,  
am breitt,  
m Meider-  
Stufenloß,  
erhältlich.  
zeigen wir  
terlichern,  
emel ange-  
Diese kann  
Kleidstoff  
bestimmend  
stellen und  
armelosen  
lügen Klei-  
Ein passent-  
als Er-  
ford.: 1 m  
0 m Stoff,  
it. Preis:  
96 und  
je 27 Pf.  
ermittelt  
Gärtel em-  
in Schlei-  
Der Kragen  
Erst. etwa 1  
m Stoff,  
per-Schn.  
am Ober-  
7 Pf. erh.  
Kragenloß  
erlich etwa  
0 m Stoff,  
Bepere-  
96 und  
wette zu  
erhältlich.  
ortfäden  
pfen. Er-  
1,35 m  
Stoff,  
Bepere-  
96 und  
wette zu  
erhältlich.